

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

19 (12.2.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-189795](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-189795)

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
 pränumerando frei ins Haus:
 vierteljährlich . . . 1 M. 50 Pf.
 für 2 Monate . . . 1 „ „
 für 1 Monat . . . 50 „
 evtl. Postbefehlgeb.

**Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
 für Politik und Unterhaltung.**

Redaktion und Expedition: T. Kühn, Bant.

Erscheinung:
 jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
 die vierpaltige Zeile 10 Pf.,
 bei Wiederholungen Rabatt.

Tagesbericht.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 7. Februar. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Antrages Graf Behr, v. Bennigsen u. Gen., betr. Verlängerung der Legislaturperiode.

Abg. Dr. Windthorst bemerkt, er sei neulich bei der ersten Lesung bemüht gewesen, zu verhindern, daß außer der vorliegenden, noch fernere Änderungen der Verfassung geplant würden. Und ganz ohne Erfolg sei ja auch sein Bemühen nicht gewesen, denn er habe den Erfolg erzielt, daß Staatssekretär von Bötticher erklärt habe, ein Gutachten über Verfassungsänderungen ohne Mitwirkung des Reichstages sei von der Regierung nicht eingeholt worden. Heute könne er noch mitteilen, daß der berühmte Rechtslehrer Laband an ihn geschrieben habe, es sei ein Gutachten über Verfassungsänderungen ohne Mitwirkung des Reichstages von ihm nie verlangt worden. Wäre das aber geschehen, so würde er, Laband, sein Gutachten nur dahin abgeben können, daß ohne Mitwirkung des Reichstages eine Verfassungsänderung nicht möglich sei. Für das vorliegende Gesetz trage zweifellos Herr von Bennigsen die Verantwortung, weshalb er, der Redner, denn auch dieses Gesetz „Gesetz Bennigsen“ würde nennen können. Aber Herr v. Bennigsen habe wenigstens auch klar gesagt, daß er weiteren Verfassungsänderungen, so hinsichtlich der Verdoppelung der Etatsperioden und hinsichtlich des Wahlrechts nicht zustimmen würde. Was die Konservativen anlangt, so habe Herr von Helldorf neulich nur gesagt, daß innerhalb der konservativen Partei seit Jahresfrist nicht über Änderungen des Wahlrechts gesprochen worden sei. Herr von Helldorf habe also, indem er eine weitergehende Erklärung nicht abgegeben habe, sich völlig freie Hand vorbehalten. Er, Redner, habe also zu seinen neulichen Darlegungen über die zu beachtenden weiteren Änderungen der Verfassung vollen Grund gehabt. Insbesondere vermahnt sich Redner auch gegen jede Anknüpfung der einjährigen Budgetperioden.

Abg. Kardorff (freisinn.) sieht es im Voraus kommen, daß bei den nächsten Wahlen es heißen werde: „Dieses (die Verlängerung der Legislaturperiode) war der erste Streich, doch der zweite folgt logisch“ (Heiterkeit herrscht). Die Frage des allgemeinen direkten Wahlrechts sei eine ganz müßige Spielerei, eine Doktorfrage. Jedenfalls würde jede Partei, die heute einen Sturm auf dagegen unternähme würde, sich selber den Verstand abspalten. Die Kartelparteien hätten ja auch gegenwärtig gar keinen Grund, sich über das allgemeine direkte Wahlrecht zu beschweren, denn sie hätten ja hier die Majorität. Nichts desto weniger zweifle er nicht daran, daß die Gegenparteien diese Frage des Wahlrechts wieder für sich ausbrüten würden. Die Einwendungen, die gegen unsern Antrag erhoben, haben auf ihn um so weniger Eindruck gemacht, als die Abgg. Bamberg und Windthorst früher selbst für die Verlängerung der Wahlperioden eingetreten sind.

Abg. Ricker: Die Behauptung, daß die freisinnige Partei jeder organischen Entwicklung widerstrebe, ist unrichtig; gehören doch zur freisinnigen Partei eine Anzahl Abgeordneter, die früher mit den Nationalliberalen alle jene Gesetze im Reich, auf die Bezug genommen ist, durchgebracht haben. Abg. Kardorff hat geäußert, daß ein zweiter Streich folgen werde. Jeder Versuch, an dem Wahlrecht zu rütteln, würde in der That erfolglos sein, aber die Absicht dazu hat bei den Konservativen bestanden. Die Nationalliberalen haben früher prinzipiell jede Verlängerung der Legislaturperiode abgelehnt. Der Abg. Bamberg, der diese Frage stets als eine Opportunitätsfrage angesehen hat, stand damals allein. Graf Behr hat 1885 ausdrücklich erklärt, daß eine Verlängerung der Wahlperioden eine Schwächung des Volkes sei. Abg. v. Helldorf hat dasselbe zu verstehen gegeben, indem er bemerkte, durch die Verlängerung der Perioden werde der Reichstag unabhängiger gemacht von der schwankenden Volkmeinung. Das ist doch klar genug. Die Kartelparteien wollen die Wähler nicht so oft an die Wahlen treten lassen, weil sie darin eine Schwächung der Rechte der Regierung und Arbeitgeber erblicken. Minister Puttkamer's Versicherungen betrafen deutlich, daß die Regierung nur auf eine Gelegenheit wartet, um auch das geheime Wahlrecht zu beseitigen. In dieser Beziehung ist also hauptsächlich eine Gefahr vorhanden und Herr v. Bennigsen, der vor drei Jahren ein so vernünftiges Urtheil über das System Puttkamer gefällt hat, scheint nicht zu wissen, daß jenes System noch heute feststeht. Demeiben ist auch die Wahlvergiftung zur Last zu legen, über welche Herr von

Bennigsen sich so sehr beklagte. Man will er dem Volke die Gelegenheit nehmen, dieses System wenigstens alle drei Jahre zu corrigieren. Den Konservativen verüble ich den Vorschlag nicht, wohl aber einer Partei, welche die freisinnigen Grundzüge noch festhalten will. Mit der Verlängerung der Legislaturperiode schließt man ein Sicherheitsventil gegen die Sozialdemokratie. Wer wirklich an der sozialen Fortentwicklung theilnehmen will, sollte der politischen Befreiung der Arbeitermassen keine Hindernisse bereiten. Ich hoffe, daß trotzdem sich immer mehr Männer finden werden, welche für die politische Aufklärung des Volkes Sorge tragen. Nur so ist es möglich, die Pläne zu durchkreuzen, welche das Volk in dem Schlammerzustand erhalten wollen, um die Autorität der Regierung und der Gendarmen nicht schmälern zu lassen.

Abg. v. Helldorf (kons.) erklärt, daß seine Partei nicht die Absicht habe, Anträge auf Abänderung des Wahlrechts zu stellen. Eine Erklärung, daß wir unter keinen Umständen solchen Antrag stellen werden, ist der Abg. Windthorst von uns zu fordern gar nicht berechtigt.

Abg. Marquardsen (nat.-lib.): Die Nationalliberalen haben die Dauer der Legislaturperiode immer als eine Opportunitätsfrage angesehen. Bezüglich der Wahlfreiheit und der Sicherung der Arbeiter gegen Wahlbedrückung haben wir unsere Ansichten nicht geändert. Doch gehören diese Fragen wohl mehr in die einzelnen Landtage.

Abg. Hänel (dir.): Eine sachliche Begründung des Antrages ist von seiner Seite erfolgt; wo es sich um eine Verfassungsänderung handelt, können doch nicht Opportunitätsgründe angeführt werden. Zumal dann nicht, wenn nicht einmal für die Zweckmäßigkeit eine Gewißheit vorhanden ist. Ich will mich auf Thatsachen berufen. Man hat von der Apathie der Wähler gesprochen. Die Wahlfähigkeit beweist aber, daß die Theilnahme der Wähler an politischen Dingen eine größere ist, als die Theilnahme dieses Hauses an den vorliegenden Verhandlungen, wie die vielen Rücken des Hauses beweisen, eine Apathie ist also nicht bei den Wählern, sondern bei den Gewählten vorhanden. Dann hat man auf die Verküsterungen und Aufreizungen im Wahlkampf hingewiesen, aber gerade die Aufreizungen des Reichstages haben die erbittertesten Wahlkämpfe herbeigeführt. England hat die längsten Wahlperioden, aber auch die meisten Aufkündigungen, weshalb auch in England die Dauer der Perioden 3-4 Jahre nicht übersteigt. Die Nationalliberalen haben übrigens früher eine Verlängerung der Perioden aus prinzipiellen Gründen bekämpft, wie des Abg. Müquell's Reden beweisen. Gerade die Förderativstaaten müssen auf kurze Legislaturperioden bedacht sein. Die öftere Erneuerung des Volkes zu den Wahlen schafft ein Gegengewicht gegen die partikularistischen Beherrschungen. Der Abg. v. Kardorff hat den Sturm auf das allgemeine Wahlrecht abgelehnt, daß Sie an einen Sturm nicht denken, der eine große Dummheit wäre, glaube ich. Sie operiren aber mit feinen Mitteln, wozu auch dieser Antrag gehört. In gegenwärtiger Zeit bedarf eine ernste Regierung der Unterstützung der Massen. Um so mehr sollte man sich hüten, die Massen zu veragmaligen. Im Volke herrscht nur das eine Gefühl, daß es mit Füßen getreten wird (Große Unruhe) und zwar aus Opportunitätsgründen. Die Absicht der Verlängerung der Legislaturperiode ist bei den Wahlen ausdrücklich in Rede gestellt. Nun werden alle diejenigen Lügen gestraft, die dahin gehende Aussagen gemacht haben. Es ist bezeichnend, daß Sie mit Anträgen kommen, die zu stellen nicht einmal der Bundesrath für angemessen hält. Ich glaube, es war keine gute Stunde, in der Sie Ihren Entschluß gefaßt haben.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Vor der Abstimmung erklärt Abg. Böckel (Antisemit), daß er gegen den Antrag stimmen werde.

Der Antrag wird mit 183 gegen 95 Stimmen angenommen. Abg. Seybold (nat.-lib.) enthält sich der Abstimmung.

Abg. Ricker schlägt als § 2 der Abänderung der Verfassung vor, daß nunmehr unter Beitzugung des Art. 32 der Verfassung die Wähler die Mitglieder des Reichstages eingetragt werden.

Die Abgg. v. Kardorff, v. Bennigsen und v. Helldorf erklären, daß nach der Geschäftsordnung die vorgeschriebene wesentliche Zusammengehörigkeit dieses Antrages mit dem vorliegenden nicht vorhanden sei. Abg. Ricker möge deshalb seinen Antrag auf dem geschäftsmäßigsten Wege des Hauses als selbständigen Antrag zur Erledigung bringen.

Für die Zulässigkeit einer Verbindung des Ricker'schen Antrages mit dem Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode treten die Abgg. Ricker, Windthorst, Hänel und Bamberg ein.

Abg. Singer beantragt die Ueberweisung des Antrages an die Geschäftsordnungs-Kommission. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Der Präsident zieht sodann die Entscheidung des Hauses herbei über die Zulässigkeit, den Antrag Ricker's gleichzeitig mit dem Antrage, die Verlängerung der Perioden betr., zu beraten. Die Majorität entscheidet sich dagegen.

Der Antrag auf Verlängerung der Wahlperioden wird unanändert angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

In der gestrigen (Mittwochs-) Sitzung des Reichstages wurde die Wehrvorlage in dritter Lesung en bloc angenommen.

Der vom Abg. Lohren (Zentrum) eingebrachte Gesetzentwurf, wonach Böder und Brotverläufer zum täglichen Anschlag der Verkaufspreise nach Gewicht angehalten werden sollen, wird in erster Lesung durch Ueberweisung an eine Kommission erledigt.

Sodann begann die zweite Beratung der Anträge der Abgg. Munkel und Kintelen, betreffs der Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

— **Krieg oder Frieden?** Laut angekündigt war im voraus die große Rede Bismarck's und die Zeitungen sind voll von derselben. Was erfahren wir nun aus der Rede? Deutschland will den Frieden, und wer es angreifen wolle, möge es sich überlegen, denn Deutschland könne jeden Augenblick an jede Grenze eine Million Soldaten werfen. Deutschland habe immer eine kaisersfreundliche Gesinnung gehabt und trete auch den berechtigten (?) Ansprüchen Rußlands gegenüber Bulgarien entgegen. Mit welchem löblichen Bravero der Reichstag auch immer die Rede Bismarck's beantwortete, nach derselben herrschte eine ebenso zweifelhafte Stimmung wie vorher. „Was hat er nun eigentlich gesagt?“ „Wieviel Krieg oder behalten wir Frieden?“ „Eigentlich sind wir so klug wie vorher.“ Wir leben nach wie vor in Zuständen, die jeden Augenblick den Ausbruch eines Krieges in Aussicht stellen können.

Die Schupkeule Fhring-Mahlow und Raporra haben vom Kaiser das allgemeine Ehrenzeichen erhalten.

— **In der Kommission für das Sozialistengesetz** hat der Abg. Windthorst, seiner Annäherung gemäß, wieder Anträge auf Abschmächung desselben für die Zeit bis zum 30. September 1890, für welche er es, gleich den Nationalliberalen, verlängern will, eingebracht. Unter anderem sollen danach Versammlungen nicht auf Grund des Sozialistengesetzes im Voraus verboten werden; die Unterdrückung einer periodischen Druckchrift soll erst eintreten dürfen, wenn das Verbot einer einzelnen Nummer zum zweiten Male erfolgt ist; die Beschwerde gegen eine solche Unterdrückung soll aufschiebende Wirkung haben; die Beschwerdekommision soll nur aus Richtern bestehen; der sogenannte keine Folgezustand soll — das ist der wichtigste Antrag — nur für Berlin und einen Umkreis von 30 Kilometer verhängt werden dürfen. Ferner beantragt Herr Windthorst wieder folgende Resolutionen: „Der Reichstag wolle beschließen: 1. In Erwägung, daß das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 nach der ursprünglichen Absicht der verbündeten Regierungen (Verhandlungen des Reichstages 4. Legislaturperiode 1. Session 1878, S. 9 der Anlagen) wie der Majorität des Reichstages (Bericht der IV. Kommission, Seite 9 der Anlagen) eine dauernde Institution nicht werden solle, den Bundesrath zu ersuchen, dem Reichstag rechtzeitig den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches das gemeine Reichsrecht insoweit abändert oder ergänzt, als es dessen bedarf, um den Staat und die Gesellschaft nachhaltig und dauernd vor den Gefahren zu schützen, deren zeitweilige Abwehr das vorgenannte außerordentliche Gesetz bezweckt hat; 2. in Erwägung, daß die eigenen Mittel von Reich und Staat nicht hinreichen, um die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in ihren eigentlichen Grundursachen zu treffen, vielmehr die Wurzel dieses Uebels nur dadurch ausgerottet werden kann, daß die Religion in das Herz des deutschen Volkes wiederum weiter und tiefer eingepflanzt und darin zu frischer Lebenskraft entfaltet wird, den Bundesrath zu ersuchen, soweit seine Kompetenz reicht, dahin zu wirken, daß überall die Herrnisse beseitigt werden, welche die verschiedenen Religionsgemeinschaften

in der freien und ungeschmälerten und nur so segneten Wirksamkeit für Fortpflanzung und Förderung christlichen Glaubens und Lebens in deutschen Volk zur Zeit noch hindern oder beengen. — Die „National-Ztg.“ bemerkt dazu: „Wir können den Abwägungsanträgen gegenüber nur denselben Standpunkt einnehmen, wie bei der letzten Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die meisten von ihnen sind von sehr geringer Tragweite, so daß sie an den üblen Folgen des jetzigen Standes der Dinge kaum etwas ändern würden; wenn die Regierung z. B. ein sozialdemokratisches Blatt unterdrücken will, bedeutet die Bestimmung, daß vorher zwei einzelne Nummern verboten sein müssen, nur eine kurze Galgenfrist. Andererseits sind alle Abwägungen bedenklich, so lange nicht durch Abänderung des allgemeinen Rechts Erfolg geschaffen ist, während das Fortbestehen des Sozialistengesetzes im Ganzen doch die Wirkung haben würde, daß die geheime Gegenagitation der Sozialdemokratie die nämliche bleiben würde, wie bisher. Der Zeitpunkt für eine schrittweise Rückkehr zu einem normalen Rechtszustand, die früher allerdings, aber auf andere Art hätte erfolgen können, ist vorüber. Jetzt handelt es sich um eine entschlossener Angriffnahme der Aufgabe. Im Sinne einer solchen wird eine ähnliche Resolution, wie die erste des Herrn Windthorst, wohl auch von anderer Seite beantragt werden. Die zweite ist gegenstandslos.“

— In der Kritik der Windthorst'schen Anträge sind wir ganz mit dem nationalliberalen Blatt einverstanden. Ueberdies schmeden diese Resolutionen stark nach der Absicht, den katholischen Arbeitermassen, die leider noch immer so zahlreich dem Zentrum Heeresfolge leisten, Sand in die Augen zu streuen. Was nun aber die nationalliberale Resolution anlangt, so wird sie, falls sich diese Mannesherren überhaupt dazu aufschwängen, sie zu stellen, von der Regierung als „schätzbares“ Material zu den Akten genommen werden. Es bleibt aber sonst alles so wie es war.

— Von Herrn W. Liebknecht erhält die „Volkzeitung“ folgende Zuschrift: „Wie ich aus dem hienographischen Bericht ersehe, machte Herr Regierungskommissar Held es mir auch zum Vorwurf, daß ich dem von mir angelegten Staatsanwalt keine „Genugthuung“ gegeben habe.“

„Aber konnte ich denn eine eskalantere „Genugthuung“ geben, als ich in der Vorunternehmung und dann in öffentlicher Gerichtsverhandlung, über die alle Blätter berichteten, ausdrücklich das Unbegreifliche der Anklage konstatierte und das formel durchgängig korrektere im Verfahren der Behörden anerkannte?“

„Wäre ich nicht sogar — denn ich halte es für meine Pflicht, begangenes Unrecht möglichst wieder gut zu machen — im Reichstag die Sache zur Sprache gebracht, aber ich halte ja während der ganzen Session im Gefängnis zu sitzen. Und unmittelbar nach meiner Freilassung kam der Belagerungszustand über Leipzig, der mich an andere Dinge zu denken zwang.“

„Ermähne will ich noch, daß ich Herrn Richter durch seinen inzwischen ebenfalls verstorbenen Bruder, meinen damaligen Landtags- und Reichstagskollegen Richter, und zwar nach meiner Beurteilung, mein Bedauern ausdrücken ließ.“

„Zum Schluß eine Bemerkung, welche sich namentlich an die Adresse der Juristen richtet. In England muß in Fällen, wo ein Angeklagter irrsinnig oder sonst momentan unzurechnungsfähig wird, die Ueberführung

in dieselben in eine staatlich überwachte Irrenanstalt erfolgen — jedenfalls ist dafür georgt, daß gemeinschädliche Individuen nicht in Freiheit gesetzt werden können, wenn ein Zeugnis der Befreiung leicht zu beschaffen und schwer festzuhaltenden Unzurechnungsfähigkeit beigebracht wird. Wären wie eine solche Bestimmung in Deutschland, so würde der fragliche Raubdieb im Irrenhaus oder Zuchthaus gefesselt sein, statt von allem Komfort umringt in Italien, und mir wären die 6 Monate Gefängnis erspart worden.“

„Hier scheint mir allerdings eine schlimme Lücke in unserer Gesetzgebung zu sein.“

Borsdorf, den 4. Februar 1888.

W. Liebknecht.

— Eine konservativ-antisemitische Versammlung fand am Montag Abend in Berlin im Suggenhofischen Restaurant unter Führung des deutschen Antisemitenbundes statt. Ein Redakteur Werner aus Kassel bezeichnete es unter dem lebhaften Beifall der etwa 1000 Köpfe zählenden Versammlung als Aufgabe des Antisemitenbundes zu verhindern, daß „dem Riffinken“ Heinrich Heine ein Denkmal gesetzt werde. Dagegen forderte der Redner unter stürmischem, anhaltendem Beifall auf, den Vorkämpfer Stöcker als den Vater des Antisemitismus stets in hohen Ehren zu halten. Ihn und auch die andern wadern Vorkämpfer, wie Bernhardt Förster, Henrici, Niermann von Sonnenberg und Bödel dürfe das Volk niemals vergessen. Ein Lehrer Langheinde verlangte für den „unsauberen, frechen Poeten-Juden“ Heine in drastischer Weise ein eigenartiges Denkmal. (Die Eigenart scheint selbst der „Kreuz-Ztg.“ allzu charakteristisch zu sein für die Versammlung, sie unterläßt es, darüber nähere Mitteilungen zu machen.) Schlächtermeister Tiedtke (Roabit) erklärt, daß man nun auch selbst in Roabit nicht mehr sicher sei vor den Juden. — Hierauf wurde eine Resolution gegen das Heine-Denkmal angenommen mit allen gegen zwei Stimmen. Der Wunsch, diese beiden Stimmen an die Luft zu speibieren, so schreibt die „Kreuz-Ztg.“ wurde laut, doch nicht beifällig, da die unbärtigen beiden Leute alsbald das Lokal verließen.

— Herr Dr. Gög von Lindenau hat in seiner famosen Selbstabjuschungs-Rede den Prozeß, welcher ihm die Luft an Belaidigungsprozessen für immer verdorben hat — wie er offenerzig mittheilte — in ein etwas geheimnißvolles Dunkel gehüllt, wogu er allerdings seine sehr guten Gründe hatte. Da Herr Gög unter den Kartellbrüdern eine Waise ist, so sei hier als Beitrag zur Naturgeschichte, nicht des Dr. Gög, der uns höchst gleichgültig ist, sondern der Kartellbrüdererschaft, die jetzt in Deutschland das Feld in Händen hat, der Schleier gelüftet, den Herr Gög über jenem Prozeß ruhen ließ. Das schöffengerichtliche Urtheil, welches bei jener Gelegenheit gefällt ward, besagt Alles. Es lautet: „Privatkläger Dr. med. Gög hat früher der demokratischen Partei angehört, sich aber schon seit längeren Jahren von dieser Partei vollständig getrennt und hat bei der letzten Reichstagswahl die Agitation zu Gunsten des Kandidaten der Ordnungsparteien im Wahlkreise Leipzig-Land sehr energisch betrieben. An sich kann Niemand zum Vorwurf gemacht werden, wenn er in der politischen Ueberzeugung mit denen übereinstimmt, von denen er pekuniäre Vorteile hat. Wenn jedoch ein Mann seine Gesinnung lediglich um pekuniären Vorteils wegen ändert, wenn er äußerlich eine andere Gesinnung zur

Schau trägt um des Vorteils willen, den er davon hat, während seine wahre Gesinnung noch immer die frühere ist, so ist dies eine Heuchelei, ein unwürdiges und zu mißbilligendes Verhalten. Wird also dem Privatkläger eine Aeußerung nachgelagt, wonach er seine Gesinnung lediglich um pekuniären Vorteils halber vorgenommen und er bei gleichem Vortheile auch der von ihm verlassenen Partei wieder beigetreten geneigt sei, so ist das zweifellos gerechtfertigt, denselben in seiner Ehre zu kränken. Angeklagter behauptet jedoch, daß Privatkläger diese Aeußerung in der That am 23. November 1883, einem Vortage, in der „Gesellschaftshalle“ zu Magwitz gethan habe. Privatkläger behauptet, er habe damals von dem Wohlbefinden nicht im materiellen Sinne gesprochen, sondern sich geäußert, daß er sich infolge seines Freimachens von den Fesseln der freisinnigen Partei wohlher fühle. Allein es haben die Handelskammersekretäre Dr. Fränkel, Buchdruckereibesitzer Dr. Schmidt und Schloffer Feibig, sämmtlich mit mehr oder minder großer Bestimmtheit bekundet, ohne den Vorlaut jedoch vollständig widerlegen zu können, daß Privatkläger zu der bezeichneten Gelegenheit in einem Kreise von Gesinnungsgenossen der deutschfreisinnigen Partei, von Herzog wegen seines Gesinnungswechsels befragt, ausgesprochen habe, daß er, wenn für ihn, Beziehungswelche seine Familie gesorgt werde, er sofort wieder der Alte oder der ibrige (nämlich der Parteigenosse der Annosenden) sein werde. Selbst Zeuge Fränkel, der sich am unbestimmtesten ausdrückt, hat gehört, daß er in diesem Zusammenhang von seiner Familie gesprochen habe und hiernach das „woher befinden“ des Privatklägers lediglich auf die bessere, erträglichere Praxis bezogen. Man hat hiernach die Möglichkeit eines Mißverständnisses als ausgeschlossen und demnach als erwiesen angesehen, daß Privatkläger in der That die von Herzog behauptete oder eine dem Sinne nach gleiche Aeußerung gethan habe. Es ist nun zwar nicht festzustellen, daß die betreffende Aeußerung des Privatklägers dergl. bzw. zu einem Bekannten erfolgt sei, allein ein derartiger strenger Nachhab kann an einen Wahrheitsbeweis nicht angelegt werden, es genügt, daß Privatkläger sich in der That in der ihm zur Last gelegten Weise ausgesprochen hat. Die Behauptungen sind erwiesen wahr und da weder die Form der Aeußerungen, noch die Umstände die Rücksicht der Belaidigung zu verfügen.“

— Dr. Gög hat gegen dieses Urtheil keinen Einspruch erhoben. Die Aeußerung des Dr. Gög, welche von den Zeugen festgestellt ward, lautete: „Was wollen Sie, ich bin noch derselbe wie früher, garantieren Sie mir meine Lebensstellung und ich bin nie wie vor Demokrat.“ — Psychologisch interessant ist, daß derselbe Herr Dr. Gög, gegen den jenes Urtheil seit drei Jahren vorlag, am 19. Januar des vorigen Jahres als Reichstagskandidat der Kartellbrüder in der „Gemeinnützigen Gesellschaft“ zu Leipzig dem Raum seiner Jähne die patriotischen und progressiven Worte einschießen ließ: „Wir wollen einen Reichstag, der Ehre im Leibe hat.“

— **Edwabah.** Hier soll ein gewerbliches Schiedsgericht nach Beschluß des Gemeindefiskus eingeführt werden.

— Das „Journal de Gendve“ über Minister

Am Fluße.

Novelle von F. von Stengel.
(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ah, Wolfgang, Du!“ sagte sie, einen gleichgültigen, halb überauschten Ton annehmend, was ihr jedoch mißlang — sie konnte nicht verhindern, wie unangenehm ihr sein Erscheinen war. „Wie kommst Du hierher?“

„Die gleiche Frage könnte ich an Dich richten Johanna,“ entgegnete Wolfgang, „denn ich bin ganz erkant, Dich in meinem Studirzimmer häuslich niedergelassen zu finden.“

„In Deinem Studirzimmer?“

„Nun ja, ich reanne den Platz so, denn seit ich zurück bin, bringe ich manche Stunde mit meinen Büchern hier zu.“

„Wirklich?“

„Ist dies so merkwürdig? Ich erinnerte mich des Plazes von meiner Knabenzeit her und habe ihn gern.“

„So?“

„Nun, dies scheint Dir sehr wunderbar. Hast Du ihn nicht auch gern?“

„Doch, und er war immer mein,“ entgegnete sie in einem Tone, welcher deutlich sagte, daß sie willens sei, dieses Wein zu behaupten.

„Dein, Johanna?“ fragte er bestremdet.

„Nun ja, ich betrachte ihn als mein, Niemand kam sonst her, und gerade dies machte mir den Platz lieb und Du, Wolfgang, wirst ihn mir nicht freitig madern!“

„Nicht freitig madern?“ wiederholte er. „Ich treffe Dich ja heute hier zum ersten Male, wo ich doch seit Wochen täglich hierher komme.“

„Ich denke, wir treffen uns nicht mehr,“ sagte sie halb trogig, halb mißmuthig.

„Es wäre mir leid, Deine Spaziersfahrt hierher zu verhindern.“

„Wie, ich verstehe Dich nicht, glaubst Du, ich lasse mich von hier vertreiben?“ sagte sie gereizt, „am wenigsten von Dir.“

„Das wollte ich auch nie, entgegnete er ruhig, obwohl ihre letzten Worte seinen Lawillen hervorriefen und ihm eine scharfe Erwiderung aus der Junge schwebte, die er Waise hatte zurückzuhalten. „Der Platz ist ja groß genug für uns Beide, Keiner hat ihn gemietet, wir werden einander gewiß nicht stören, wenn wir zusammentreffen.“

„Aber, Wolfgang, ich wil hier allein sein!“ sagte sie halb mit dem Ausdruck eines verwöhnten Kindes, halb entrüstet über seine Rede.

„Ein spottendes Wachen slog über Wolfgang's Gesicht, — weich sonderbares Wesen sie doch war? —

„So, und da meinst Du, ich könnte gehen und nimmer wieder kommen?“ fragte er.

Sie erröthete tief, ihre Unhöflichkeit reute sie, sie entgegnete daher verlegen: „So war es nicht gemeint, ich wollte nur...“

„Sagen, daß der Störger gehen kann, das genügt! Ich gebe schon! Ferner sei von mir, mich einzubringen, wenn Königin Rab mit ihrer Waise geheime Unterredungen hat, Adieu!“ Damit wandte sich Wolfgang weg.

Johanna sah ihm nach. War er beleidigt? Es schien nicht, seine Worte lauteten spottend, aber nicht verlegt. Was meinte er mit seinen letzten Worten, was wollte er damit sagen, — wieder ein Stich auf ihre Neigung zum Märchenhaften? Er war unaussprechlich. — Sie hätte ihn gerne zurückgerufen, denn sie fühlte, daß sie unhöflich gewesen, mehr als nur unhöflich, — aber sein Spott empödete sie. — Warum muß er hierher kommen? Was hat er hier zu suchen? Immer und überall tritt er ihr in den Weg und sucht sie in Verlegenheit zu bringen — sie weis ganz gut, daß dies nicht der Fall ist, daß er im Gegentheil ihr eher ausweicht, und doch sagt sie es — ist es zu ihrer eigenen Entschuldigung? Aber ihren Lieblingsplatz wird er doch nun meiden? Sie glaubt es, aber sie kann sich nicht darüber freuen, der Platz hat allen Reiz verloren. Wolfgang's Studirzimmer! — Er braucht nicht zu sagen, Königin Rab hatte hier geheime

Unterredungen mit ihrer Waise. D, sie erkennt den alten spottenden Wolfgang von früher in Allem; wie viel tausend Mal hat er bedauert, daß sie kein „Frenkiind!“

— Sie stand auf und verließ die Insel.

Als sie auf dem Fluße war, sah sie von fern Wolfgang's Kahn. Eine dunkle Klotze stieg in ihrem Gesichte auf; sie hätte viel darum gegeben, die Begegnung ungeschehen zu madern. Sie fühlte, daß sie Wolfgang hätte und zürnte sich selbst darüber. Sie hat ja seinen Grund zum Dasse!

Des andern Tages fuhr sie mit ihrem Vater zu Walfen. Es war ihr nicht recht wohl zu Rube, sie schaute sich, Wolfgang zu begegnen und hätte doch gerne eine Gelegenheit gefunden, ihm ein Wort der Entschuldigung zu sagen, damit er nicht glaube, sein Spott habe sie verlegt, er soll im Gegentheil gar nicht merken, daß sie ihn nur zu gut verstanden. Die einfältige Gesichtsart war auch nicht der Rede werth; aber sie hatte sie doch die ganze Nacht nicht schlafen lassen, sie mußte immer daran denken und nachhinnen, was sie Wolfgang wohl sagen könne. Dies machte sie ungeduldig und mißmuthig, — sie fühlte es und kämpfte dagegen, allein sie bezwang sich nur halb.

Nur der alte Walfen und Anton waren zu Hause, als sie dort ankamen. Wolfgang war nach einem benachbarten Städtchen gegangen, wo er mit einem Freunde zusammentreffen wollte und sollte erst gegen Abend zurückkommen. Johanna war halb froh darüber, obgleich sie sich sagen mußte, je länger sich ihre Entschuldigung verzögerte, desto schwerer müsse sie ihr werden. Unwillkürlich drängte sich ihr die Frage auf: hat Wolfgang den heutigen Tag — es war Sonntag, wo sie und ihr Vater regelmäßig zu Tisch zu ihren Freunden kamen — absichtlich für seinen Besuch gemählt, um ihr nicht zu begegnen? Sie verwarf jedoch alsbald die Vermuthung, allein der Gedanke legte noch oft wieder, und sie wagte keine Frage, die sie hätte aufklären können.

(Fortsetzung folgt.)

200 Confirmanden-Anzüge

in sehr schönen Stoffen und vorzüglicher Arbeit, empfehle zu bekannt billigen Preisen.

M. Philipson,
Bismarckstr. 12.

Zur Confirmation

empfehle

Schwarze Cachemires

Meter von 90 Pfg. bis 4 Mk. 50 Pfg.

Georg Reich,
Bismarckstraße 10.

Neueste Hutmoden!



Facon Antimonopol. Facon Antiseplanet.



Facon Kongress. Facon Demokratenhut.

Ausführung leiste ich Garantie und finden meine Hüte allseitige Anerkennung, wie zahlreiche Zuschriften beweisen. Aug. Deine, Hutfabrikant, Halberstadt.

Ich empfehle: Facon Demokratenhut, weich, schwarz, Preis 4 Mk. und 5 Mk.; - Kongress, weich, in allen Farben, 6 farbiger schwarz, braun, hellbraun, grau, sehr reichlich, 3 Mk. 50 Pf. und 4 Mk. 50 Pf.; - Antiseplanet und Antimonopol, steif, schwarz und braun 4 Mk. bis 4 Mk. 50 Pf., hochfein, elastisch 5 Mk. 25 Pf.

Sämtliche Hüte sind mit rothem Atlasfutter und den Photographien bewährter Hutmänner versehen. Bei Wunsch auch mit dem Kammschuhladen des Besizers.

Ich verlange die Hüte zu obigen Preisen in guter Verpackung franco gegen Nachnahme nach allen Orten Deutschlands. Ebenso liefere alle anderen Kopfbedeckungen für Herren und Knaben. Es genügt die Angabe der Kopfweite in Zentimetern. Für schöne Ausführung leiste ich Garantie und finden meine Hüte allseitige Anerkennung, wie zahlreiche Zuschriften beweisen. Aug. Deine, Hutfabrikant, Halberstadt.

N. J. Pels,

Bismarckstrasse Nr. 18,

empfehle als neu eingetroffen:

Wachend Bettlaken, weiß mit rother Borte,

Meter 2— lang Mk. 1.75
" 2¹⁰ " " 2.—
" 2²⁰ " " 2.50

Doppeltbreites Halbleinen (160 ctm. breit)

1a Mk. 1.35 11a Mk. 1.25,

in der Wäsche außerordentlich dauerhaft und garantiert weiß bleibend, sodas selbst mit Recht empfehlen kann.

Wollene Schlafdecken, weiß 130/200 ctm. à Mk. 7.50, 9.00,
Türkischrothe und dunkelfarbige Schlafdecken in großem Sortiment,

Weiße Waffeldecken (Bettdecken) Mk. 2, 2.50, 3, 3.50, 4, 4.50, 6, 8.

Weiß mit roth durchwirkt, echtfarbig, Mk. 3,

Bettfatin, Bettinletts in vielen Qualitäten zu billigen Notierungen vorrätzig.

Engl. Tüll-Gardinen in weiß u. crém,
zu Mk. —.35, —.40, —.45, —.50, —.55, —.60, —.75, —.80,
— .90, 1.20 u. s. w.

Doppelt gesiebte und gewaschene

Prima Nusskohlen

der Zechen Gansa, Bollern, Hugo,

Prima Nusskokoaks der Zechen Dammernbaum,
Presstorf und Maschinentorf
in bester Qualität

liefere Wagon- und Centnerweise zu den billigsten Preisen.
Gefällige Aufträge erbeten.

Bant. J. F. Gloystein.

Werkzeuge

englisch und deutsch, empfehle in nur bester Qualität unter Garantie der Güte.

Wilhelmshaven,
Marktstraße.

M. Hegeler.

Einladung

zum

Stiftungsfest

des Vereins „deutscher Schuhmacher“,
am Montag, den 13. Februar
im Saale der „Germaniahalle“, H. Vater, Neubremen,
feierlich in
humoristischen Vorträgen u. Ball.
Anfang 7 Uhr. Entree 1 Mark, Damen frei.
Es ladet ergebenst ein Das Comité.

Germania-Halle.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Grosse öffentliche Tanzmusik.
Neu-Bremen. H. Vater.

Gasthof Sedan.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Grosser öffentlicher Ball.

Dazu ladet ergebenst ein

F. Krause.

Dwe. Winter's

Hotel „Im Banter Schlüssel“, Belfort.

Heute Sonntag, den 12. Februar:

Großer öffentlicher BALL.

Dwe. Winter.

Volksgarten Kopperhörn.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Großer öffentlicher Ball,
wozu freundlichst einladet

H. Th. Kuper.

Central-Halle Belfort.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Öffentlicher Ball.
Carl Zwingmann.

Damenstiefeln

in allen Preislagen empfiehlt
Joh. Holthaus, Bismarckstr. 59.

Böckelfleisch

pr. Pfund 25 Pfg.
Neubremen. H. Vater.

Margarine

in bester Waare, pr. Pfd. 70 u. 80 Pfg.
Neubremen. H. Vater.

Gefunden

ein Filzhat, abzuholen gegen Erstattung
der Infectionsgebühren
Sedan, Schützenstraße 22 a.

Kranken- und Begräbnis-Kasse
der

Maurer und Steinbauer
Wilhelmshavens.

Außerordentliche
Generalversammlung

am
Sonntag, den 12. d. M.,

Nachmittags 4 Uhr,
in C. Sülthor's Saal, Ostfriesenstr. 55.

Tages-Ordnung.
1. Ergänzungs-Wahl des Vorstandes.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag
H. Kähn in Bant.
Druck von A. Vogel & Co. in Braunshweig



N. J. Pels,
Bismarckstrasse 18,

empfehle ich durch neue Eingänge aufs Beste kompletirtes Lager

Corsetts

die zu sehr billigen Preisen abgeben.
Ferner soeben einetroffen eine Partie

Woll. Strickgarn

welches per Pfund Mk. 2.50, Gebind à 5 Pf.
offerire.

Die Qualität des Garns kann ich als
tadellos frisch und dauerhaft empfehlen.